

1945–1955 Vom Wiederaufbau zum frühen Reformgeist

ALFRED ABLEITINGER



• „Wir sind einig!“ –
Plakat der ÖVP 1945.



Zusammen mit der starken SPÖ links der Mitte wird die ÖVP für die Republik ein politisches Kapital sein, das Zinsen trägt.

ALFRED ABLEITINGER

Nach Stalingrad begann das Dritte Reich erkennbar zu wanken, auch in Mitteleuropa zeichnete sich für aufmerksame Zeitgenossen das Ende des NS-Gewaltregimes ab. Das machte, neben vielem anderen, die Frage aktuell, ob das kleine Österreich von 1918/19 wiederbelebt werden würde bzw. sollte. Unter denen im Land, die dem Nationalsozialismus widerstrebten und/oder seine Herrschaft so viel wie möglich aktiv bekämpften, wurde diese Frage zunehmend mit „Ja“ beantwortet. Adolf Schärf, später von 1945 bis 1957 SPÖ-Vorsitzender und Vizekanzler, danach Bundespräsident, erläuterte 1943 dem deutschen Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner zu dessen Überraschung, die Idee des „Anschlusses“ sei hierzulande inzwischen tot, Österreich müsse und werde wieder existieren. Im Herbst 1943 proklamierten auch die Großen Drei der alliierten Mächte dies zu einem ihrer Ziele.

In diesem Kontext setzten in unseren Breiten Bemühungen ein, eine Partei teils wieder, teils neu zu schaffen, die 1945 den Namen Österreichische Volkspartei bekommen wird. Für die, die sich dies vornahmen – die Figl und Raab, die Hurdus und Weinberger –, gehörte sie naturgemäß zu den Selbstverständlichkeiten eines „neuen Österreich“. Aber nicht nur sie setzten deren Existenz in einer „Zweiten Republik“ als unentbehrlich voraus. Auch die politische Linke kann die Wiederbelebung von Demokratie und Staat ohne eine starke „bürgerliche“ Partei nicht denken (freilich soll diese rechts von der Mitte nach dem Geschmack der Linken nicht konkurrenzlos bleiben). Spätestens seit 1907 hatte eine solche unter dem Namen „Christlichsoziale“ als Massenpartei existiert. Wenn Österreich existie-

ren soll, bedarf es zu seiner Stabilität dieser Partei. Denn sie integriert katholisch-konservative Bauernschaft und große Teile des selbstständigen und unselbstständigen Kleinbürgertums – mithin soziologisch und ideologisch-programmatisch per se unterschiedliche Schichten bzw. Milieus – und außerdem deren jeweiligen regionalen, sogenannten „föderalistischen“ Eigensinn als Tiroler, Steirer usw. Dass sie als ein großes handlungsfähiges Gebilde fungiert, macht ihren systemischen Mehrwert für die kommende Republik aus: Sie reduziert Komplexität auf deren politischen Bühnen, begünstigt pragmatisches Aushandeln von Kompromissen, erleichtert Formierung und Dauerhaftigkeit von Mehrheiten in den parlamentarischen Institutionen, lässt Regierbarkeit des Landes erwarten. In Deutschland und Italien werden Parteien solchen Typs nach 1945 mit CDU/CSU bzw. Democrazia Cristiana erst geschaffen und fungieren dann innen- und außenpolitisch jahrzehntelang als Stabilitätsanker. Im neuen Österreich kann deren Pendant aus der christlichsozialen Erbschaft formiert werden. Zusammen mit der starken SPÖ links der Mitte wird die ÖVP für die Republik ein politisches Kapital sein, das Zinsen trägt. Allerdings müssen beide, noch mehr als sie jeweils programmatisch teilweise Neuorientierung brauchen, den Umgang miteinander modifizieren. Dazu sind die Gründerväter da wie dort entschlossen, alle wollen der Wiederkehr der 1920er und 1930er Jahre aktiv vorbeugen.

Besatzung des Landes

Die Zweite Republik wird Ende April 1945 von einer provisorischen Regierung unter Staats-



• Gründungsobmann Alois Dienstleder.

kanzler Renner proklamiert – mithilfe und im Schatten der sowjetischen Besatzungsmacht, die zuerst den Wiener Raum, ab 8. Mai auch die Steiermark weithin beherrscht. Renners Vorpreschen beunruhigt in den westösterreichischen Ländern. Auch die Westalliierten missbilligen die Vorgänge in Wien, sie verweigern der Renner-Regierung anfangs jegliche Anerkennung. Es steht im Raum, dass das neue Österreich nicht Realität wird, dass durch sein Territorium eine Grenze zwischen Ost und West verläuft. Diese Eventualität belastet auch die am 17. April in Wien begründete Volkspartei. Sie macht in Renners Regierung mit, aber nur mit marginalem Gewicht. In Tirol ist die Reserve gegen sie so stark, dass von Karl Gruber statt einer Landesorganisation der ÖVP zunächst eine separate „Staatspartei“ geschaffen wird. Erst über den Sommer 1945 gelangen die Siegermächte zu einem Minimalkonsens über Österreich: Es wird in vier Besatzungszonen gegliedert – Wien in vier Sektoren –, die umgebildete und anschließend anerkannte Regierung Renners totaler Kontrolle durch den „Alliierten Rat“ der Vier unterworfen („1. Kontrollabkommen“). Wer Österreich bzw. seine Länder definitiv repräsentieren wird, soll noch im Herbst durch Wahlen in den Nationalrat bzw. in die

Landtage entschieden werden. Dabei bleibt durch Wochen strittig, wer wählen darf. Es geht darum, wie weit der Kreis der bisherigen NSDAP-Mitglieder gezogen wird, die vom Wahlrecht auszuschließen sind. Mit gewissen Abstufungen untereinander wollen ÖVP, SPÖ und auch KPÖ den Kreis relativ eng halten, d.h. bloße „Mitläufer“ des NS wählen lassen. Das ist für die Besatzungsmächte ausgeschlossen, doch werden Kompromisse gefunden. Am 25. November kann gewählt werden.

Die erste steirische Landesregierung

Die Steiermark ist, wie angedeutet, vom 8. Mai bis zum 23. Juli 1945 fast zur Gänze von der „Roten Armee“ besetzt.¹ Noch bevor diese erste politische Maßnahmen setzt, hat Reinhard Machold, bis Februar 1934 sozialdemokratischer Parteivorsitzender im Land, danach unbehelligter Privatmann, vom zerfallenden einheimischen NS-System die Verwaltung des Landes provisorisch übernommen. Für den Nukleus einer Landesregierung hat er einige Parteifreunde, aber auch drei Kommunisten gewonnen. De facto gibt es bereits SPÖ und KPÖ. Von den vormaligen steirischen „Schwarzen“ ist hingegen nichts wahrzunehmen. Machold sucht geradezu eine Kontaktperson aus ihrem Segment. Ihr langjähriger Landesobmann Anton Rintelen kommt nicht in Betracht; er hat sich im Juli 1934 auf die Seite der NS-Putschisten geschlagen und dafür 1935 „lebenslänglich“ bekommen, ist 1938 aus der Haft quasi glanzvoll befreit und mit einem Mandat im NS-Reichstag belohnt worden. Karl Maria Stepan, 1934 bis 1938 im „autoritären Ständestaat“ Landeshauptmann, und Alfons Gorbach, damals Landesführer der „Vaterländischen Front“ (VF), sind unbekanntes Aufenthaltes; zuletzt – weiß man davon? – waren sie KZ-Häftlinge in Dachau. Stepan ist für Machold aber ohnehin inakzeptabel. Wer kann sonst die seinerzeitigen Christlichsozialen sofort in Graz repräsentieren? Schließlich kommt Machold auf Alois Dienstleder, nach Rintelen und vor Stepan 1933/34 kurzzeitig Landeshauptmann, immerhin der letzte vom Landtag demokratisch gewählte. Man macht ihn, kränklich wie er ist, bei den Grazer Kreuzschwes-

tern ausfindig. Die Sowjets beauftragen Machold, ihn für die Landesregierung zu reaktivieren. Man sieht: Ohne „Schwarze“ gilt eine solche als nicht repräsentativ.

Dienstleder nimmt an. Obwohl früher im „schwarzen“ Lager ohne viel Reputation, entwickelt er sofort ziemlichen Ehrgeiz. Als Vertreter der Bauern bzw. der gewerblichen Wirtschaft nominiert er Anton Pirchegger bzw. Josef Schneeberger. Der erste war 1935 steirischer Obmann des „Bauernbundes“ geworden, des damals unter „ständischem“ Vorzeichen erfolgten Zusammenschlusses der katholischen und der „grünen“ Bauern, d.h. jene vom deutschfreiheitlichen Landbund. Pirchegger zögert, die Arbeit auf seinem Hof in Allerheiligen im Mürztal gegen eine politische Rolle in Graz zu tauschen, fügt sich aber dem – natürlich von Machold inspirierten – Wunsch der Sowjets, ihn in der Landesregierung zu haben. Schneeberger dagegen ist ein politischer „Nobody“, der sich nicht lange hält. Am 15. Mai „steht“ diese Regierung, Machold ist ihr Chef.

Gründung der Volkspartei in der Steiermark

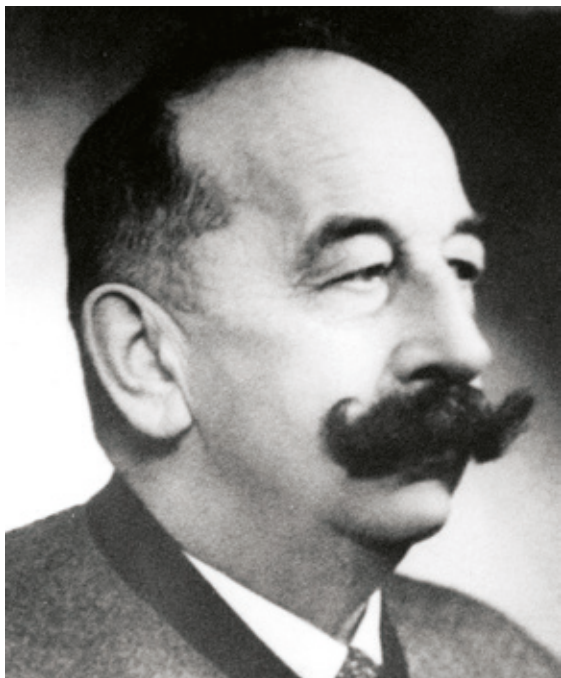
Die Sowjets verlangen von Dienstleder, umgehend die Partei formell zu gründen, die sie dann, neben SPÖ und KPÖ, bewilligen können. Ohne diesen Doppelschritt gibt es für die „Schwarzen“ keine Legitimation, Funktionäre und Mitglieder zu rekrutieren, bekommen sie weder Büroräume noch Papier, Telefone usw. Eile tut not. Also lädt Dienstleder für den 18. Mai zur „Eröffnung der Österreichischen Volkspartei“ (der neue Name der Partei, in Wien gefunden, hat sich inzwischen verbreitet). „ca. 60 frühere Funktionäre“ versammeln sich bei den Kreuzschwestern, heißt es im „Protokoll Nr. 1“. Man „bestellte“ eine „provisorische Landesleitung“ mit Dienstleder als „Landesleiter“, Leskovar, Hollersbacher, Pirchegger und Schneeberger als Beisitzern. Außerdem wurden „Bezirksleitungen“ sowie „5 Hauptabteilungen in der Landesleitung festgelegt“. Anvisiert wird somit ein räumlich und sachlich ausdifferenzierter Parteiapparat mit Dienstleder an der Spitze. Alle anderen fungierten bloß als „Beisitzende“. Die außer Dienstleder Genannten vertraten zwar irgendwie die relevanten Berufsgruppen: Leskovar



- Das Gründungsdokument der Volkspartei in der Steiermark vom 18. Mai 1945.

die Arbeiter, Angestellten und öffentlich Bediensteten; Schneeberger die Wirtschaft; Pirchegger und Hollersbacher die Bauern (inkl. der Landarbeiter/innen), aber nicht als Obmänner von jeweils spezifischen Organisationseinheiten. In einem Wort: Von „Bünden“ war keine Rede, namentlich nicht vom traditionsreichen Bauernverein (bzw. seit 1935 Bauernbund), dem personellen und finanziellen Rückgrat der alten Christlichsozialen im Land.

Das ist Dienstleders Vision von der neuen Partei, auch die seines unerfahrenen „Organisationsleiters“ Karl Kober. Sie provoziert sofort massive Konflikte vor allem mit den Bauern. Zum Sprecher ihrer Kritik macht sich Pirchegger. Obwohl am 18. Mai in Graz, ist er bei den Kreuzschwestern gar nicht erst erschienen. Der Widerstand gegen Dienstleder ist so entschieden, dass dieser bereits am 9. Juni eine „Erweiterung“ der



• Anton Pirchegger, Landeshauptmann der Steiermark nach der Wahl im Herbst 1945.

Landesleitung hinnehmen muss, u.a. um Josef Krainer. In einem Brief vom 11. Juni beschreibt Dienstleder dessen Rolle als die des „Obmannstellvertreters oder Geschäftsführers“. Die Revision der Strukturen vom 18. Mai ist schon ein gutes Stück geschehen.

Krainers rapider Aufstieg ist, erstens, Dienstleders Vorpreschen geschuldet, d.h. dem durch dieses ausgelösten, akuten Handlungsbedarfes. Einmal als „Landesleiter“ bestellt, kann Dienstleder zwar nicht ohne weiteres entfernt, wohl aber scheinbarweise „demontiert“ werden. Zur Speerspitze dieser Operation taugt Krainer, weil er, zweitens, das Vertrauen aller derer hat – wenigstens mehr Vertrauen als irgendeiner sonst –, die bald in den Bünden maßgeblich sein werden –, das Pircheggers, das Carl Lipps, der sehr bald Schneeberger zur Seite drängt, das Leskovars. Diese drei kennen Krainer aus den 1930er Jahren, der erste aus dem Bauernbund, der zweite aus der Grazer Gemeindepolitik – Krainer fungierte als Vizebürgermeister –, der dritte aus der Arbeiterkammer, in die Krainer, bis dahin Sekretär des Landarbeiterverbandes, nach „autoritärer“ Eliminierung ihrer „roten“ Funktionäre als Präsident berufen worden war. Schon aus dieser Zeit waren, drittens, dem gesamten



• Gegründet wurde die Volkspartei in der Steiermark im Konventsgebäude der Grazer Kreuzschwestern.

„schwarzen“ Personal im Land wenigstens ansatzweise Krainers besondere persönliche Qualitäten geläufig. Keiner schien so fähig wie er, mit den Konflikten umzugehen, die Dienstleder ausgelöst hatte, überhaupt parteiinterne Differenzen auszubalancieren.

Am 24. Juli 1945 werden die Briten zur Besatzungsmacht der Steiermark. Sie etablieren ihr „military government“. Die Bevölkerung atmet auf. Die Sowjets haben teils planmäßig, z.B. bei Demontagen in Fabriken, teils willkürlich (massenweise Vergewaltigungen, Abnahme von privaten Gegenständen wie Uhren und Fahrrädern) ungefähr so geherrscht, wie die „Nazi“ es an die Wand gemalt hatten. (Im besetzten Osteuropa, speziell in Russland und Polen, hatten diese es allerdings, wie bekannt, viel, viel schlimmer getrieben.) Auch die heimische Volkspartei erwartet Verbesserungen für sich. Es ist bereits Krainer, der als ihr Sprecher im August die Umbildung der Landesregierung zugunsten der „Schwarzen“ verlangt – freilich erfolglos. Und es ist Krainer, der am 23. September die Steirer auf einer parteiinternen „Länderkonferenz“ in Salzburg vertritt. Darauf holt Dienstleder zu Gegenschlägen aus, vom 22. August bis 2. Oktober folgt Krisensitzung auf Krisensitzung. Diese Machtkämpfe

münden in ein Patt. Also sucht man, jenseits von Dienstleder und Krainer, nach einem Dritten und findet ihn in Gorbach, der seit Ende Juli wieder in Graz ist. Am 2. November tritt er „mit allen Vollmachten“ an Krainers Stelle – aber die Briten wissen, dass die zwei (damals!) eine Achse bilden.

Die Volkspartei übernimmt die Führung im Land

Mehrere Vorgänge im Herbst 1945 werden für die Geschichte der ÖVP in der Steiermark langfristig maßgeblich: Erstens ist der Wahlsieg der ÖVP am 25. November zu nennen. In der Steiermark erhält sie 53 % der Stimmen (und 26 von damals 48 Landtagsmandaten sowie 5 von 9 Sitzen in der Landesregierung). Das ist viel mehr als die Christlichsozialen selbst auf ihrem Höhepunkt 1923 erreicht hatten. Maßgeblich für diesen Triumph ist primär, dass die ÖVP in der Steiermark rechts der Mitte damals ohne Konkurrenz ist; die „Ex-Nazi“ dürfen weder wählen noch kandidieren, auch die von Machold betriebene Zulassung des alten „Landbund“ verweigern die Briten. Ferner sind zwei Drittel der Wahlberechtigten Frauen, die immer schon überproportional konservativ gewählt haben; im Herbst 1945 sind außerdem viele unter ihnen, deren Männer oder Söhne nicht wählen dürfen, denen die ÖVP aber im Wahlkampf kommuniziert hat, dass daran SPÖ und KPÖ angeblich die „Hauptschuld“ tragen.

Zweitens lösen sich weitgehend die personellen Querelen: Dienstleder, der noch im Dezember Landeshauptmann werden will, aber gegen Pirchegger klar unterliegt, schaltet sich anschließend selbst aus (und stirbt am 31. Jänner 1946). Gorbach, obwohl ab 1946 (bis 1962/65) Landesparteiobmann, optiert für die Bundespolitik. Pirchegger macht, nicht nur weil er bald kränkelt, als Landeshauptmann keine gute Figur; ab 1947 wird über seinen Rückzug geredet. Das alles begünstigt Krainers Karriere; glatt wird sie trotzdem nicht verlaufen. Im Dezember 1945 wird er erstmals in die Landesregierung gewählt.

Drittens gelingt der Partei flächendeckende Organisation im Land. Im Juni 1946, wenn sie ihren ersten Landesparteitag abhält, zählt sie

82.758 Mitglieder, davon 55.638 im Bauernbund. Dieser Aufschwung scheint damit zu tun gehabt zu haben, dass die ÖVP, wie SPÖ und KPÖ auch, ab Anfang 1946 in den damals mehr als 1.000 Kommunen des Landes Personen für die Gemeinderäte zu nominieren hatte (Gemeinderatswahlen gab es erst ab 1950). Weil die Zahl der zu Entsendenden vom jeweils lokalen Wahlergebnis des 25. November abhing, hatte die Volkspartei die Masse der kommunalen Mandatäre zu rekrutieren. In den zahllosen Klein- und Kleinstgemeinden lief das auf bäuerliches Personal hinaus – gut für die räumliche Präsenz der Partei im Land, je länger desto mehr aber ein Problem für ihre soziale Repräsentativität, weil ihr Arbeiter- und Angestelltenbund (ÖAAB) in den Industrieorten bis in die 1960er kaum vom Fleck kam.²

Als die Briten im Juli 1945 nach Graz kamen, diagnostizierten sie, die Volkspartei habe im Mai einen „bad start“ gehabt. Den hatte sie an der Jahreswende 1945/46 hinter sich gelassen. Ihr Primat im Land, Konsequenz des 25. November, blieb dennoch prekär. Wie angedeutet, hatte das nicht zuletzt mit Pircheggers Schwächen zu tun. Im Juli 1948 trat er, nach Meinung der Mehrheit im Parteiestablishment: endlich, zurück. Er schlägt Krainer als Nachfolger vor, doch irgendwie wird auch Landesrat Udo Illig genannt. Die geheime Abstimmung in der Landesparteileitung ergibt am 28. Juni 27 Stimmen für Krainer, nur sechs für Illig. Für diesen hat sich sogar der Obmann des Wirtschaftsbundes, dem Illig angehört, nicht stark gemacht; Carl Lipp begnügte sich mit Schweigen.³

Der Wiederaufbau im „Alltag“

Womit hat sich Landespolitik im ersten Nachkriegsjahrzehnt vor allem zu befassen, wo setzt die Volkspartei ihre Schwerpunkte? Große Visionen verboten sich – es sei denn, man zählt den Vorsatz von ÖVP und SPÖ zu ihnen, in Österreich demokratische Politik zu machen und zu diesem Zweck auf allen Ebenen, anders als vor 1934, mehr Kooperation zu praktizieren als Konfrontation. Das wird durch die Hinterlassenschaft von NS-Regime und Krieg nahegelegt, außerdem durch die den Parteien übergeordnete Ins-



- *Bundeskanzler Leopold Figl und Josef Krainer sen., ab 1948 Landeshauptmann der Steiermark.*
- *Udo Illig, der spätere Minister für Handel und Wiederaufbau und LH Josef Krainer sen.*
- *Josef Krainer sen. und Bundeskanzler Julius Raab bei einer Besprechung.*

tanz des Alliierten Rates bzw. der jeweiligen regionalen Besatzungsmacht. In der Steiermark fördern die Briten solche Kooperation, sie schätzen besonders Machold, später auch Krainer. Im Land „können“ übrigens auch die maßgeblichen Personen gut miteinander, Pirchegger mit Machold, Krainer mit Horvatek usw. Der politische Alltag wird anfangs durch den „Kampf mit der nackten Not“ determiniert. 1955

stellt die Landesregierung in dem Band „Steirische Bewährung 1945–1955“ einiges darüber zusammen⁴, worin sich diese Not manifestierte und wie man gegen sie anarbeitete: kriegsbedingte Zerstörungen und anschließend umfangreiche Demontagen durch die Sowjets vor allem in der Hüttenindustrie etc. auf der einen Seite – Zerstörungen und Demontagen zusammen werden 1955 auf 2.540 Millionen Schilling beziffert, gleich drei damalige Landesbudgets –, auf der anderen Seite gemeinsam mit der britischen „Property-Control“ Sicherung aller Vermögenswerte, die das „Dritte Reich“, primär seine „Wehrmacht“, und die NSDAP im Land hinterlassen haben, und bedarfsgerechte Zuteilung dieser Werte. Das staatliche Rationierungs- und Preisbildungswesen aus der Kriegszeit wird zuerst von den Briten fortgesetzt, dann ab November 1945 schrittweise an heimische Dienststellen übertragen; dabei gelingt nur langsam die Überwindung von Länder- bzw. „Zonenpartikularismus“. Wichtig ist es, geltendes Recht durchzusetzen, mit eine Voraussetzung dafür, dass privatwirtschaftliche Initiativen gewagt werden: Oft usurpieren lokale „Versorgungsausschüsse“, zumeist kommunistisch gesteuert, die Kontrolle von Unternehmen, angeblich um Preistreiberei zu unterbinden; 1955 heißt es, es wäre „ein besonderes Verdienst“ der Landesregierung gewesen, in diesem Punkt trotz „starken Druckes [...] hart und fest geblieben“ zu sein.⁵ Von der Landwirtschaft muss verlangt werden, trotz aller Mängel, die sie leidet (z.B. beim Kunstdünger), gewisse Ablieferungsvorschriften zu erfüllen; Landeshauptmann Pirchegger und die Landwirtschaftskammer werden dabei wegen wirklicher oder angeblicher Versäumnisse von der Bundesregierung hart kritisiert. Dieser Katalog ließe sich mühelos verlängern. Man sieht: Es geht um Hunderte administrative Details, um vertrauensvolle Kooperation mit der Besatzungsmacht; dabei spielt viel Persönliches eine Rolle, manche lebenslange Freundschaften entstehen. An langfristigen Gesichtspunkten orientierte Politik gibt es ab 1945/46 aber auch, allerdings viel mehr in der Bundes- als in der Landespolitik: Zwei Verstaatlichungsgesetze gehören dazu, denen die ÖVP nicht leicht zustimmt, dann die Richtlinien, nach denen ab 1948/49 der „Mar-



• Landesregierung und Mitglieder des Steiermärkischen Landtages 1948.

Wie schon 1949 sieht sich die ÖVP in der Steiermark auch 1953 als „Opfer“ der Bundespolitik. Tatsächlich hat sie kaum etwas falsch gemacht. Parteiintern ist ihr bereits 1948/49 ziemlich geräuschlos gelungen, nach dem Abgang der „alten“ Bauernführer Pirchegger und Hollersbacher, die Neubesetzung der von diesen gehaltenen Funktionen zu bewältigen. Dabei kommt Josef Wallner, schon in den späten 1930er neben Krainer der „Jungstar“ im Bauernbund, zwar nicht mit allen seinen Wünschen ins Ziel. Aber er nimmt es ohne anhaltenden Groll hin, dass eine deutliche Mehrheit im „Landesbauernrat“ statt seiner Ferdinand Pirsch in der Landesregierung haben will (ein Teilnehmer der Sitzung attestierte dieser sogar: „wirklich feiner Verlauf“). Dafür wird Wallner Präsident der Landwirtschaftskammer und Landesobmann des Bauernbundes – und bleibt beides für Jahrzehnte. Die ÖVP in der Steiermark kann von Glück reden – kaum auszudenken, was für Folgen es für sie als Ganze hätte haben können, wenn innerhalb ihrer Bauern latenter „Krieg“ zwischen den Matadoren geherrscht hätte. Möglicherweise hätten selbst Krainers und Gorbachs Begabungen, intern auszugleichen und Balance zu halten, nicht hingereicht.

Wirtschaftswunder und Staatsvertrag

Über den „Output“ steirischer Landespolitik während der frühen 1950er kann hier nicht berichtet werden (viel von ihm bedarf erst der Erforschung). Die Volkspartei als Partei tat sich wenig hervor. Soweit Initiativen „schwarzen“ Ursprungs waren, kamen sie von den Mitgliedern der Landesregierung, selbstverständlich stets von Krainers wachsender Autorität koordiniert (Krainer übernahm übrigens außerdem die Funktion des Klubobmanns im Landtag). Alles in allem wurde „Politik-Machen“ in diesen Jahren leichter. Marshall-Plan bzw. ERP sowie ab 1953 der „Raab-Kamitz-Kurs“ bescherten auch Österreich sein „Wirtschaftswunder“. Auf allen Ebenen wuchsen die Budgets, „die Politik“ hatte etwas zu verteilen. Davon profitierte naturgemäß auch die Landespolitik: Sie sparte bei den Verwaltungskosten, forcierte Gesundheits- bzw. Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen. Die Infrastruktur wurde spürbar besser: Straßen und Güterwege, Schulbauten (vor allem im Grenzland), Elektrifizierung und Wasserversorgung wurden intensiviert. 1955 gelang Raab und Co. der Abschluss des Staatsvertrages – ein „annus mirabilis“.

Von dem allem schrieb das Publikum vieles der Volkspartei gut. Die Stimmung für sie wurde merkbar günstiger. Der Zerfall des VdU leistete dazu seinen Beitrag. So wagte Raab dann 1956 vorgezogene Neuwahlen des Nationalrates. Er gewann acht Mandate, die SP nur eines, die FPÖ, Nachfolgerin des VdU verlor acht. Die ÖVP lag wieder deutlich voran; auch in der Steiermark legte sie fast fünf Prozentpunkte zu.

Innovativer Wahlkampf

Das hatte sich abgezeichnet. Trotzdem vermied es die ÖVP in der Steiermark – wie im Beitrag zum nächsten Jahrzehnt noch näher dargestellt –, zugleich mit dem Nationalrat den Landtag neu wählen zu lassen. Sie brach mit einem seit 1920 praktizierten Usus. Ursache dafür waren erstmals moderne, statistisch valide Umfragewerte, die Gallup ermittelt hatte. Sie versprachen der Volkspartei noch größere Zustimmung, wenn sie Nationalrats- und Landtagswahl entkoppelte und die zweite als „Krainer-Wahlen“ inszenierte; Krainers Werte, sagte Gallup, lagen noch deutlich höher als die ohnehin günstigen für die Partei. Mit der Strategie,

Wahlkämpfe zu „personalisieren“ hatte sich Franz Wegart, seit 1947 Landesparteiensekretär auf dem „K 6“, in den USA vertraut gemacht. Gegen allerlei Skepsis, auch bei Krainer selbst, überzeugte er die Parteiführung, den neuen Weg zu wählen. Dahinter stand zudem die Erkenntnis, dass die traditionelle Manier der Partei, mit dem Publikum primär durch das Medium von Berufsorganisationen zu kommunizieren, voran durch die drei „Bünde“, zunehmend unzulänglich wurde. Es brauchte Ausrichtung auf differenziertere Zielgruppen und deren spezifische Anliegen und es brauchte gleichzeitig zwecks Bündelung solcher Pluralisierung ein neues Mittel, sie zu integrieren – eine charismatische Persönlichkeit.

Die Landtagswahl 1957 bestätigte Wegarts innovativen Ansatz: Trotz gegenüber 1956 rund 8.000 weniger gültigen Stimmen erzielte die „Krainer-Volkspartei“ knapp 2.000 mehr, ihr Stimmenabstand zur SPÖ im Land stieg von 11.000 auf 19.000. Im Landtag kam sie auf 24 von 48 Mandaten (plus 3), in der Landesregierung eroberte sie die 1949 verlorene absolute Mehrheit (5 zu 4) zurück. Dabei sollte es 33 Jahre lang bleiben – weit über Krainer sen. hinaus.

- 1 Die anschließende Darstellung folgt Alfred Ableitinger: Startschwierigkeiten, Triumph und Krisen 1945–1948, in: Alfred Ableitinger/Bernd Beutl (Hg.): 60 Jahre Steirische Volkspartei. Für die Steiermark Partei ergreifen. Graz 2005, 13–38; bzw. Alfred Ableitinger: Die Ära Josef Krainer sen. 1948–1971, in: ebda., 53–82 (de facto nur bis 73). In diesen Texten finden sich alle Quellen- und Literaturnachweise, auf deren Wiederholung hier verzichtet werden kann. Vgl. aber die wichtige Korrektur einer Aussage von 2005 unten in FN 3.
- 2 Vgl. Alfred Ableitinger: Graz ist anders. Wahlen in der Steiermark zwischen 1956 und 1965 mit Blick auf die ÖVP, in: Hedwig Kopetz/Joseph Marko/Klaus Poier (Hg.): Festschrift für Wolfgang Mantl zum 65. Geburtstag. Wien/Köln/Graz 2004, 703–723.
- 3 Dieses Detail wird hier festgehalten, um einen schweren Fehler zu korrigieren, der im Text meines ersten Beitrages von 2005 unterlaufen ist. Auf S. 35 f. von „60 Jahre Steirische Volkspartei. Für die Steiermark Partei ergreifen“ (vgl. oben FN 1) heißt es dort: „[...] auch Illig wird vorgeschlagen. Dass Lipp, der Wirtschaftsbundobmann, zu diesem Vorschlag schweigt, ist für jedermann als Distan-

zierung von Krainer zu werten.“ Selbstverständlich war es Distanzierung von Illig – Wie der sinnentstellende Irrtum geschehen konnte, ist mir nicht mehr erinnerlich.

- 4 Steirische Bewährung 1945–1955. Zehn Jahre Aufbau in der Steiermark. Festschrift hg. von der Steiermärkischen Landesregierung anlässlich des zehnten Jahrestages der Beendigung des zweiten Weltkrieges. Graz 1955.
- 5 Steirische Bewährung 1945–1955 (FN 4), 21–28 („Kampf mit der nackten Not“); siehe die erwähnten Zahlen von 1955 auf S. 99 bzw. 87, die Sicherungsmaßnahmen (im Kapitel „Mittelbare Bundesfinanzverwaltung“) auf S. 94–99, „Zonenpartikularismus“ bzw. Versorgungsausschüsse auf S. 103 f.
- 6 Zu steirischen Spezifika vgl. Edith Marko-Stöckl: Die Formierung des steirischen Parteiensystems 1945–1953. Die Konkurrenz um die „Ehemaligen“, in: Siegfried Beer (Hg.): Die „britische“ Steiermark 1945–1955. Graz 1995, insb. 62–68.
- 7 Etwas abweichende Zahlen bei Marko-Stöckl, Parteiensystem (FN 6), 66: Von 91.026 im Land qua „Verbotsgesetz“ Registrierten wurden 84.982 als „minderbelastet“ eingestuft, 6.044 als „belastet“.



• Wahlkampf im Jahr 1945: Plakatwand mit Sujets der wahlwerbenden Parteien.